

## **Beschluss des Landrats vom 20.10.2022**

Nr. 1749

### **23. Schaffung eines Klimaanpassungs-Gesetzes** 2021/541; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab.

**Katrin Joos Reimer** (Grüne) knüpft an vorherige Diskussionen an: Es handelt sich auch hierbei um einen Vorstoss in Bezug auf den Klimawandel. Erneut lehnt der Regierungsrat die Motion ab und verweist dabei auf den Statusbericht Klima. Den 104-seitigen Statusbericht Klima haben wohl nicht allzu viele der Anwesenden gelesen. Dort steht sehr vieles drin, vieles aber auch nicht. Vieles wirkt zudem sehr unverbindlich. Exemplarisch ein Aspekt, der im Statusbericht nicht ausführlich behandelt wird: Der Raumplanung wird darin wenig Raum eingeräumt. Diese nimmt in Bezug auf die Abfederung von Klimaauswirkungen aber eine wichtige Rolle ein. Ein Beispiel: In der Raumplanung ist man darauf aus, um jeden Preis zu verdichten. Der Kanton Basel-Landschaft schätzt auch Verdichtungen in Quartierplanzonen am äussersten Ortsrand im Grünen, in der Nähe des Waldes, in empfindlichen Gebieten, etc. – Hauptsache, es wird verdichtet. Klimatechnisch ist dies teilweise absurd. Das alles wird im Statusbericht Klima als nicht positiv dargestellt, respektive wird es positiver dargestellt, als es wirklich ist. Für das nächste Jahr wurde ein Strategiepapier in Aussicht gestellt. Es folgen dann vielleicht wieder 100 Seiten oder mehr. Aber wer liest diese oder noch viel eher: Wer hält sich daran? Der langen Rede kurzer Sinn: Es braucht etwas Kurzes, Knackiges, das klare Vorgaben gibt, damit das, was gemacht werden muss – nämlich alles, was der Klimaverschlechterung entgegenwirkt –, ersichtlich und fassbar ist. Das ist mit Empfehlungen, die über x-hundert Seiten verteilt sind, nicht möglich. Dem leistet niemand Folge. Aus diesem Grund braucht es ein Klimaanpassungs-Gesetz und keine Strategiepapiere und Statusberichte. Deshalb hält die Grüne/EVP-Fraktion an der Motion fest.

**Markus Dudler** (Die Mitte) hat den Vorstoss ganz anders aufgefasst als seine Vorrednerin. In den verschiedenen Bereichen wird auf die Auswirkungen des Klimawandels auch ohne gesetzliche Vorgaben agiert und reagiert. Gute Beispiele hierfür sind das Ebenrain-Zentrum und das Amt für Wald beider Basel. Auch das Beispiel Laufen zeigt, dass ohne eine spezielle gesetzliche Grundlage der Hochwasserschutz angepasst wird. Die Mitte/glp-Fraktion sieht keinen Mehrwert eines neuen Gesetzes gegenüber der heutigen Praxis.

**Andi Trüssel** (SVP) macht es kurz: Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt die Motion ab. Die jetzt eingesparte Zeit wird Andi Trüssel gerne bei der verbundenen Beratung der nächsten Traktanden beanspruchen.

**Désirée Jaun** (SP) hält fest, mit dem Vorstoss sollen verbindliche gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Auf diese Grundlagen sollen sich all die vielfältigen Massnahmen abstützen können, die im Zusammenhang mit den bevorstehenden Herausforderungen der Klimafolgen ergriffen werden müssen. Diese Motion widerspricht nicht der Tatsache, dass bereits ganz viel gemacht wird. Es sollen nun die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, denn die Herausforderungen werden kommen, ob man dies nun möchte oder nicht und auch ob man schneller handelt oder nicht. Mit diesem Gesetz wird einerseits der Situation Rechnung getragen und andererseits werden Transparenz, Planungssicherheit und die dringend notwendige Verbindlichkeit für alle Beteiligten geschaffen. Nebst dem Kanton würden so auch die Gemeinden noch mehr in die Pflicht

genommen, denn auch sie haben beispielsweise in den Bereichen der Siedlungsentwicklung oder der Mobilität Verantwortung für die Klimaanpassung zu tragen. Im Statusbericht Klima werden zwar Handlungsfelder zur Klimaanpassung aufgezeigt, aber jeweils mit verschiedenen Szenarien und ohne Verbindlichkeit. Es ist zwar zu begrüßen, dass eine Klimaorganisation eingesetzt wurde und dass Massnahmen aus dem Statusbericht Klima behandelt und weiterentwickelt werden. Eine wirkliche Strategie wurde auch bereits in Aussicht gestellt. Dennoch fehlt die Verbindlichkeit. Mit einer gesetzlichen Grundlage sollte nicht länger zugewartet werden. Mit wirksamen Massnahmen können die negativen Klimafolgen zumindest noch reduziert werden. Klimaschutz und Klimaanpassung sind langfristige Ziele, die auch auf Stufe Kanton gesetzlich verankert werden müssen. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion die Motion.

**Andreas Dürr** (FDP) möchte die Diskussion nicht verlängern, dreht man sich letztlich doch immer im gleichen Kreis. Links-Grün möchte natürlich möglichst viele Klimaanpassungen und Gesetze. Möglichst viel zu wollen, liegt in der Genetik des Auftrags. Die FDP-Fraktion ist eher der Meinung, sich an konkreten Massnahmen zu messen und das zu tun, was nötig ist. Der Kanton hat diesbezüglich bereits viel getan und es werden auch Massnahmen umgesetzt. Dort sollen die Ressourcen eingesetzt werden und nicht in eine grosse parlamentarische Diskussion über einen Gesetzgebungsprozess, während dem man sich über Jahre die Köpfe einschlagen wird. Das belebt natürlich das Betriebsklima bei den Grünen, bringt aber grundsätzlich wenig. Aus Gründen der Effizienz folgt die FDP-Fraktion der Regierung und lehnt die Motion ab. Es ist aber zu betonen, dass auch die FDP-Fraktion das Klima als sehr wichtig ansieht. Sie bevorzugt aber griffige Massnahmen an den Stellen, wo es sein muss, anstatt ein grosses Rahmengesetz.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) betont, dass dem Regierungsrat bewusst ist, dass Handlungsbedarf besteht, das zeigt die Klima-Charta, welche die Regierungen der Nordwestschweiz im letzten Jahr zusammen verabschiedete haben. Auch die Erarbeitung einer Klimastrategie belegt dies. Wenn es irgendwo gesetzliche Änderungen braucht, wird selbstverständlich geprüft, was für eine ausreichende Grundlage getan werden muss. Sehr froh war der Umweltschutzdirektor um das von Markus Dudler erwähnte Beispiel des Hochwasserschutzes in Laufen. Das Projekt war kürzlich im Landrat und wurde erfreulicherweise einstimmig beschlossen. Es wird nicht nur Hochwasserschutz gemacht: Dem Fluss wird mehr Raum gegeben, was gut für die Biodiversität und auch für die Raumplanung interessant ist, wird doch ein grosser, freier Raum im Zentrum von Laufen geschaffen. Mit der Massnahme zur Klimaanpassung entsteht ein wertvoller Beitrag auf allen drei Ebenen: Raumplanung, Biodiversität und Hochwasserschutz. Das ist die Stossrichtung des Regierungsrats. Wenn es irgendwo an gesetzlichen Grundlagen mangelt, ist der Regierungsrat froh, darüber diskutieren zu können. Es muss aber ausgewiesen werden, wo dies konkret der Fall ist.

://: Mit 47:37 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

---